

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 40

Charlottenburg, Freitag, den 4. Oktober 1912

Jahrg. 39



Sperren

Vollsperrern: Altwasser (C. Tielsch & Co.)
Blankenhein (Fasolt & Eichel, Nachfolger Duxer Porzellanmanufaktur). Eisenberg (Porzellanfabrik Kalt).
Flörsheim a. M. (Wilhelm Dienst). König. Köppelsdorf (Phil. Koch). Leipzig-Taucha (Hoep). Schornsdorf. Steinbach i. Th (Göb & Heine). Untermhaus (Rödl).

Halbsperrern in Deutschland: Bonn (Mehlem). Düsseldorf (Winning). Fürstenberg a. W. Hennigsdorf bei Berlin. Königszell. Kranichfeld. Krummenab. Meuselwitz. Deslau (Göbel). Passau. Reichenbach. (Schwabe & Co.). Schlierbach. Sörnewitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Belapatfalva (Prusjinty). Buchau (Plass & Köpner). Chodau (Haas & Czicel). Gießhübl (Joh. Schuldes). Krawska (V. Fiala & Sohn). Meretitz bei Klösterle (Julius Neumann). Pirkenhammer (Fischer & Mieg).

Der Parteitag.

Der diesjährige Parteitag fand in Chemnitz in der Industriezentrale des Erzgebirges statt. Daß in dieser Stadt, wie in vielen anderen, die Klassengegensätze scharf ausgeprägt sind, geht daraus hervor, daß dem Parteitage das ursprünglich zu seinen Verhandlungen bestimmte Lokal nicht zur Verfügung stand.

Eine der sich in den weitesten Schichten der Bevölkerung unangenehm fühlbar machenden Begleiterscheinungen ist wohl gegenwärtig die Teuerung. Diese sollte ja nur eine vorübergehende Erscheinung sein, aber sie besteht heute mehr denn je und die Regierung ist eifrig bemüht, sie zu einer ständigen Erscheinung zu machen. Der vorjährige Parteitag in Jena beschäftigte sich schon mit ihr und auf dem diesjährigen Parteitage mußte die Partei laut und eindringlich kundtun, daß sie im Kampfe gegen agrarische Interessenpolitik und gegen feindliche Regierung nicht erlahmen will und daß es nicht an ihr liegt, wenn Unterernährung mit ihren schlimmen sozialen Begleiterscheinungen am Lebensmarke des deutschen Volkes laugen.

Auch die Hunderttausende von Bergproletariern, die unten im Dunkel von Tod und Gefahren umlauert werden, die das Schlachtfeld der Arbeit mit ihrem Blute düngen, haben aus Chemnitz den Trost vernommen, daß die stärkste politische Partei tatkräftig für ihren Schutz eintreten wird.

Die mit graufiger Regelmäßigkeit wiederkehrenden Grubenkatastrophen hatten den Parteitag veranlaßt, sich auch noch mit der Frage des Bergarbeiterschutzes zu befassen, zu der Genosse Hue sprach. Als einer der gründlichsten Kenner der Bergarbeiterverhältnisse gab er seinen Darlegungen den unwiderleglichen Ernst des Fachmannes und die Wärme des überzeugten Streikers gegen soziale Krebschäden. Grubenunfälle und Hochkonjunktur stehen in einem unheilvollen Zusammenhang. Die öffentliche Meinung und die Behörden regen sich aber immer erst, wenn die Verlustliste des „Armeekorps der Kohle“ durch eine Massenkatastrophe erschreckend anschwillt.

Von hervorragendem politischem und sozialem Interesse war, was Genosse Hue über die wahren Ursachen der Katastrophe auf der Zeche Lothringen und über die Art, wie Wilhelm II. darüber informiert wurde, sagte. Der Wahrheitswert der von der Bergbehörde anläßlich dieser Katastrophe an den „Vorwärts“ gesandten Berichtigungen wurde in den Ausführungen des Genossen Hue gleichfalls in das rechte Licht gesetzt. Nach scharfer und berechtigter Kritik des Sicherheits- oder richtiger Unsicherheitsmännersystems, nach Hinweis auf die soziale Struktur der Bergarbeiterschaft und auf die perfide und verräterische Haltung des christlichen Bergarbeiterverbandes im letzten Streik legte Genosse Hue dar, daß die bei den Bergarbeitern nach all den schweren Prüfungen und Enttäuschungen an den Tag tretende Mutlosigkeit durch eine energische Willens- und Kundgebung des Parteitages zugunsten der Grubenproletarier zerstreut werden könne.

Den wichtigsten Teil des Parteitages bildeten die Auseinandersetzungen über den Imperialismus. Zu diesem Thema hatte Genosse Haase das Referat übernommen. Leider gestattet der Raum nicht hierüber ausführlich einzugehen. Die hierzu eingebrachte Resolution, die in kurzen Zügen ein Bild unseres Wirtschaftslebens zeichnet, wurde gegen nur drei Stimmen angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die unter Verkümmern der Lebenshaltung des ausgebeuteten Proletariats gewaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Märkte, die riesige Anhäufung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Verwertungsmöglichkeiten.

Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktion und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgebreitet. Die durch das Schutzzollsystem mächtig geförderten Organisationen der Unternehmer, Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftsleben in steigendem Maße beherrschen, nutzen ihren Einfluß auf die Regierung ihres Staates aus, um die staatlichen Machtmittel ihren Expansionsbestrebungen dienstbar zu machen, von dem Wirtschaftsgebiet der Welt große Teile ihrer Einfluß- und Machtsphäre zu unterwerfen und fremde Konzepte zu zerstören. Zu diesem Zweck ist die brutalste Politik im Gange, wenn sie Erfolg verspricht. Eine skrupellose Raub- und Eroberungspolitik, deren volksfeindlichen Charakter bereits der Parteitag in Mainz im Jahre 1900 gebrandmarkt hat, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Um Beutezüge siegreich durchzuführen und den Raub in Sicherheit zu bringen, werden die Mordwerkzeuge in unerhörter Weise vermehrt und vervollkommen.

Zwischen den Staaten, deren Kapitalistenklasse dasselbe Expansionsbedürfnis hat und zu seiner Befriedigung dasselbe Ziel verfolgt, entstehen schwere Verwickelungen und scharfe Gegensätze, die wiederum den Antrieb für bis zum Wahnsinn vermehrte und verstärkte Rüstungen geben.

Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Weltkrieges wird noch verschärft durch die schamlose Hege der Kapitalmagnaten und Junker, die an der Lieferung von Kriegsmaterial, an der Vergrößerung des Beamtenapparates und der leitenden Stellen in Heer und Marine besonderes Interesse haben.

Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Koalitionsrecht und hemmt die Fortentwicklung der Sozialpolitik. Die Rüstungsausgabenbürden den Massen

des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Teuerung aller Lebensmittel ihre Gesundheit untergräbt.

Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Heer und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Gefühle gegen ein anderes Volk hegt.

Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.

Der Parteitag bekundet den entschlossenen Willen, alles aufzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten.

Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Wettrüsten ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegentreibt.

Der Parteitag fordert anstelle heutigetägiger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Beseitigung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzern dienenden Schutzollsystems.

Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdet für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des Klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergedrungen ist. Ist es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die höchste Stufenleiter gebrachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft überzuführen und so den Frieden, die Selbständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.

Aus dem Bericht der Reichstagsfraktion sei nur herausgegriffen, was der Berichterstatter über die Mißhandlung des Koalitionsrechts ausführte.

Es ist eine freche Anmaßung der Kreise, die ihre Interessen immer mit den Interessen des deutschen Volkes verwechseln, wenn sie jetzt dazu übergehen, daß Militär immer mehr gegen streikende Arbeiter verwendet wird. Ich erinnere nur an Mansfeld und das Ruhrrevier. Es ist eine Schmach, daß Polizeibeamte und Soldaten dort den kämpfenden Arbeitern in den Rücken gefallen sind, und das Schlimmste ist, daß das Zentrum diese Maßnahmen der Behörden gebilligt hat. Ich erinnere an die Vorkommnisse in Ragnit und an andere Gegenden Deutschlands. Das ist ein Mißbrauch, das ist eine Anarchie, das ist eine Auflehnung gegen die bestehenden Gesetze, wie sie schamloser seitens der Kapitalistenkreise nicht geschehen kann.

Treitschke hat einmal für Frankreich erklärt, daß dort durch eine parteiische Rechtsprechung und durch eine parteiische Gesetzgebung der Ausbau des Koalitionsrechtes vernichtet würde. Er hat hinzugefügt, so etwas sei in Deutschland nicht möglich, denn dort herrschten die Hohenzollern. Nun, heute bestehen diese von Treitschke für Frankreich gezeigten Mißstände in keinem Lande in so arger Weise wie in Deutschland. Dem Volke vorher die Scharte vorsetzen und den Pfeilen in den Rücken stecken, das ist eine schamlose List. Der Internationale Tag in Wien hat ein sächsischer Richter aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht und hat seinen Kollegen demonstriert, wie er gegen die Arbeiter Recht spricht. Wenn ein Antrag ein Flugblatt verlangt, auf dem in regelmäßigen Zeiträumen die Ursachen der Klassenjustiz aufgezählt werden sollen, so muß ich sagen: ein Flugblatt genügt nicht, um auch nur den zehnten Teil der brutalsten Klassenjustiz wiederzugeben, dazu fehlt es einfach an Raum. Vor allem müssen wir auf positive Maßnahmen zum Schutz des Koalitionsrechtes der Arbeiter dringen.

Zum Punkt Reichstagswahlen brachten eine Anzahl Vertreter verschiedener Kreise, in denen sich Stichwahlen nötig machten, Beschwerden über die Stichwahlabkommen mit den Liberalen vor.

Besonders erwähnenswert ist noch die Debatte über Bildung und Jugendpflege, die verschiedene Fingerzeige, wie auf diesem Gebiete erfolgreich weitergearbeitet werden kann, gab.

In der Debatte über Anträge zur Bekämpfung des Branntweins wurde von verschiedenen Genossen gerügt, daß es Parteizeitungen gibt, die Schnapsinzerate aufnehmen.

Die Diskussion über die Maifeier war sehr unerfreulich. Der Hauptteil des Referats, sowie die gesamte Debatte drehte sich nicht um die Maifeier überhaupt, sondern um den Beschluß des Nürnberger Parteitages, nach welchem Beamte, Arbeiter und Mitglieder der Partei, die am 1. Mai feiern, ohne Lohnausfall zu erleiden, verpflichtet sind, an die Parteikasse einen Tagesverdienst abzugeben. Der vorige Parteitag in Jena beschäftigte sich bereits mit diesem Beschluß und ergänzte ihn dahin, daß die Parteimitglieder, die diesen Beschluß nicht halten, aus der Partei ausgeschlossen werden sollen. Das war aber nur ein Schlag ins Wasser und der diesjährige Parteitag hob diesen Beschluß auf. Man ersieht aus dem ganzen mehrjährigen Streit, daß die Liebe zur Maifeier in einem Teile der Genossen nicht besonders tief wurzelt. Nunmehr erwartet man alles Heil vom nächsten internationalen Kongreß, der die letzten Ueberreste der Maifeier wieder befruchten soll. Ob ihm dies gelingen wird?

Aber, abgesehen von diesem Punkte, kann man mit den Arbeiten des Parteitages zufrieden sein. Stand der vorjährige Parteitag unter dem Eindrucke des beginnenden Wahlkampfes, so konnte der diesjährige Parteitag auf den großen Erfolg, den die Partei bei den inzwischen erfolgten Reichstagswahlen zu verzeichnen hatte, zurückblicken. Aber trotz dieses Erfolges darf es kein Stillstehen geben; immer weiter müssen wir schreiten zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen auf politischem Gebiete und nicht minder auf gewerkschaftlichem.

Der amerikanische Keramarbeiterverband im Verwaltungsjahre 1911/12.

Das am 31. Mai 1912 abgeschlossene Verwaltungsjahr verlief für die „National Brotherhood of Operative Potters“ verhältnismäßig ruhig. Die Tarifkonferenz für die „allgemeine Warenbranche“, welcher von Seiten des Verbandes nicht weniger als 69 Forderungen vorgelegt wurden, endete mit dem Zugeständnis einiger Verbesserungen, aber die meisten Forderungen mußten zurückgestellt werden; die Unternehmer erklärten mit großer Entschiedenheit, daß die Lage der Industrie eine zu ungünstige sei, um bedeutende Erhöhungen der Stückpreise zu rechtfertigen.

Einige Arbeitsstreitigkeiten wurden ohne Arbeitseinstellung beigelegt. Nur bei einer Firma in der Stadt Wheeling, in West-Virginien, kam es wegen der Beschäftigung eines früher aus dem Verbands ausgeschlossenem Brenners zum Streit. Der Konflikt wurde durch Wiedereintritt des Brenners beigelegt.

Die Mitgliederzahl der National Brotherhood of Operative Potters ist auf 6478 gestiegen; das ist der höchste bisher erreichte Mitgliederstand, doch befindet sich noch immer eine sehr große Zahl von Berufskollegen außerhalb der Organisation. Die Werbetätigkeit wird bedauerlicher Weise nicht mit der nötigen Energie betrieben und die Ausbreitung des Verbandes wird durch die sogenannte Union Shop-Regel erschwert. Man nimmt nämlich nicht jeden einzelnen Kollegen, der sich etwa meldet, auf; sondern die Arbeiter unorganisierter Betriebe können nur korporativ beitreten, sobald die Betriebsinhaber die zwischen dem Unternehmerverband und der Gewerkschaft vereinbarten Bedingungen anerkannt haben. Verbandsmitglieder dürfen nicht mit unorganisierten Kollegen zusammen arbeiten und tariflose Unternehmer müssen ausschließlich Verbandsmitgliedern Beschäftigung geben.

Zusätzlich zu den drei neuen Ortsgruppen gegündet, und zwar Sanitätswarenarbeiter-Ortsgruppen in Columbus (Ohio) und Richmond (Kalifornien), sowie eine Ortsgruppe der Brenner in East Liverpool (Ohio). In der Stadt Cincinnati hörte eine Ortsgruppe zu bestehen auf.

Der Verband unterhält vier getrennt verwaltete Fonds, deren Einnahmen und Ausgaben im Berichtsjahr nachfolgend dargestellt sind:

F o n d s	Einnahmen	Ausgaben
	Doll.	Doll.
Verwaltungsfond	15,925,97	18,101,69
Widerstandsfond	45,669,05	6,292,38
Ablebensfond	11,187,89	6,325,—
Journalfond	2,266,93	5,316,85

Die Einnahmen des Journalfonds stammen aus Insertions- und Abonnementsgeldern; dazu waren aus dem allgemeinen Fond noch über 3000 Doll. zuzuschießen. Das Journal „The

"Potter's Herald" erscheint wöchentlich einmal in Großfolioformat; es ist zugleich Organ des Gewerkschaftskartells von East Liverpool, wo sich der Sitz des Verbandes befindet.

Von den Hinterbliebenen der im Jahre 1911—12 verstorbenen 53 Mitglieder wurde in 49 Fällen Ablebensunterstützung gefordert und in 45 Fällen wurden die Ansprüche bewilligt. In zwei Fällen wurden je 50 Doll. (zu je 4,20 Mk. im Wert) gezahlt, in einem Falle 75 Doll., in je zwei Fällen 100 und 125 Doll. und in den übrigen Fällen 150 Doll. Die Ablebensunterstützung ist so hoch bemessen, weil es in Amerika Brauch ist, bei den Leichenbegängnissen möglichst viel Pomp zu entfalten; der ganze Betrag der von der Gewerkschaft gezahlt wird — und oft noch mehr — fließt in die Taschen der Leichenbestatter. Die Todesursache war in 21 von den 45 unterstützten Fällen Tuberkulose oder Lungenentzündung. Der Verband plant, gemeinsam mit den organisierten Unternehmern, Maßregeln gegen die Ausbreitung der Tuberkulose zu ergreifen; unter anderem wird erwogen, ein eigenes Heim für an Tuberkulose leidende Mitglieder zu schaffen.

Der Verband hat außer der Streit- und Aussperrungsunterstützung nur die Ablebensunterstützung eingeführt und diese erst seit zwei Jahren.

Das am 31. Mai vorhandene Vermögen belief sich auf 438,065,59 Doll. (oder etwa 1,840,000 Mark); davon entfielen auf den Widerstandsfonds 396,152,96 Doll., den Ablebensfonds 12,051,74 Doll., den Verwaltungsfonds 11,860,89 Doll. und auf das neue Verbandshaus in East Liverpool, Bureaueinrichtungen, Materialien usw. 18,000 Doll.

Die vorstehenden Zahlen über die Finanzgebahrung beziehen sich nur auf die Hauptkasse. Angaben über die Gebahrung der Ortsgruppen sind nicht vorhanden.

Der Beitrag an die Hauptkasse beträgt 1 Prozent des Arbeitsverdienstes; dazu kommen Lokalzuschläge von verschiedener Höhe. Anträge auf Einführung fester Beiträge wurden schon gestellt, aber von den Verbandstagen immer abgelehnt. Die meisten anderen amerikanischen Gewerkschaften, die früher eine prozentuale Steuer als Mitgliederbeitrag erhoben, haben dieses System bereits aufgegeben.

Der Zentralvorstand des Verbandes wird durch Urabstimmung der Mitglieder gewählt. Die im Mai 1912 vorgenommene Wahl ergab als Vorsitzenden Eduard Menge, als 1. stellvertretenden Vorsitzenden F. H. Hutchins, als Sekretär und Schatzmeister John F. Wood; außerdem gehören noch sechs Personen dem Zentralvorstand an. Die Mitglieder der Tarifausschüsse werden ebenfalls durch Urwahl bestimmt.

Der jüngste Verbandstag, der im Sommer d. Js. in Atlantic City abgehalten wurde, faßte keine besonders wichtigen Beschlüsse. Der Internationale Föderation der Keramarbeiter hat sich der amerikanische Verband bis jetzt noch nicht angeschlossen. Im Zentralvorstand scheint dafür wenig Neigung zu bestehen.

Die Volksfürsorge und die Arbeiter.

So betitelt sich ein Flugblatt, welches durch die Agenten einer großen kapitalistischen Versicherungsgesellschaft jetzt verbreitet werden soll. Schlotternde Angst und hahnebüchene Dummheit spricht aus jeder Zeile dieses öden Machwerks. Es ist bezeichnend, daß, obgleich die Vorarbeiten für die Betriebseinrichtungen und die Tarife der Volksfürsorge noch nicht einmal beendet sind und ihre Konzessionierung durch das kaiserliche Aufsichtsamt noch nicht erfolgt ist, die kapitalistischen Versicherungsgesellschaften dennoch schon einen Kampfabzug gegen sie eröffnen, der nur beweist, welche heillosen Angst in den Kreisen derjenigen, für welche die Volksversicherung bisher ein so glänzendes Geschäft war, davor herrschen muß, daß die Versicherten ihre Sache selbst in die Hand nehmen und sich nicht mehr wie geduldige Lämmer von ihnen scheeren lassen.

Wider besseres Wissen werden in dem Flugblatt zunächst die längst widerlegten Lügen wiederholt, die „Volksfürsorge“ solle „von der sozialdemokratischen Partei“ nur deshalb gegründet werden, „um ihre Machtmittel zu verstärken“; ein neuer sozialdemokratischer Beamtenapparat soll installiert werden; bei der Vergebung von Hypotheken werde man die sozialdemokratischen Parteiinteressen fördern usw.

Und dann wirft sich der Verfasser die Toga des Arbeiterfreundes um die Schultern und sagt:

„Für parteipolitische Eingriffe, zur Wahrnehmung sozialdemokratischer Interessen sind die sauer verdienten und noch saurer ersparten Notgroschen unserer deutschen Arbeiter nicht da.“ Wozu sie aber dienen sollen, erzählt der Arbeiterfreund

gleich darauf, indem er den deutschen Arbeitern (!!) einzureden versucht, die wahnsinnig hohen Gehälter der Direktoren, die hohen Tantiemen der „erstklassigen“ Herren im Aufsichtsrat, die fetten Dividenden der Aktionäre würden in ihrem Interesse gezahlt, denn — aufgepaßt! — dadurch werde „eine zielbewusste und geordnete Verwaltung gewährleistet“. Die Proleten verstehen so etwas natürlich nicht — das können bei einem guten Frühstück mit Austern und Champagner im Interesse der deutschen Arbeiter einzig und allein Herzöge, Barone, Kommerzienräte und dergleichen „erstklassige Personen“, die Leute, die zu den Aufsichtsratsmitgliedern der großen Gesellschaften zählen, besorgen. Für wie dumm muß doch dieser Flachkopf von Verfasser die deutschen Arbeiter halten! Das beweist er dann weiter dadurch, daß er von so häufig erwiesenen Korruptionen bei anderen sozialdemokratischen Einrichtungen, von der vielfachen Mißwirtschaft in den Krankenkassen, genossenschaftlichen Unternehmungen usw. schwätzt.

Warum wir von dem entsetzlich leichtem Gefasel Notiz nehmen? Wir befürchten, einige unserer Arbeiter könnten sich in ihrer Empörung über die verleumderischen Angriffe zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Wer weiß, vielleicht ist das sogar beabsichtigt und deshalb warnen wir alle diejenigen, die bei den kapitalistischen Versicherungsgesellschaften durch mehrjährige Beitragszahlungen erworbene Rechte besitzen, diese nicht ohne Weiteres aufzugeben. Wenn dies als Protest gegen diese infame Hege geschehe, würden sich die erstklassigen Herren nur ins Häuschen lachen und die verfallenen „sauer ersparten Notgroschen“ schmunzelnd in die Tasche stecken. Wer Ansprüche besitzt, erhalte sie sich, indem er zum Mindesten solange seine Beiträge weiter bezahlt, daß er berechtigt ist, von der Gesellschaft die Umwandlung seiner Police in eine Freipolice zu fordern. Ist die Zeit bis zur Beendigung seiner Zahlungen für die garantierte Versicherungssumme nicht mehr fern, dann empfiehlt sich ohne weiteres die volle Erfüllung seiner Verpflichtungen, da die Umwandlung seiner Police in eine Freipolice für ihn immer einen materiellen Verlust bedeutet.

An alle bis jetzt nicht versicherten Arbeiter richten wir die Mahnung, die beispiellosen verleumderischen Angriffe auf die in ihrem Interesse beschlossene Errichtung der Volksfürsorge damit zu beantworten, daß sie hinfert keine Versicherung bei den kapitalistischen Gesellschaften mehr abschließen. Eine geradezu fieberhafte Tätigkeit ist von diesen in den letzten Monaten entfaltet worden; sie haben alle Mienen springen lassen, um das Zustandekommen der Volksfürsorge zu verhindern, nicht willfährige bürgerliche Blätter zu beeinflussen versucht, indem sie auf ihre großen Annoncen hinweisen und bieten jetzt alles auf, um diejenigen, die nach einem bekannten Sprichwort nie alle werden, in letzter Stunde noch an sich zu reißen.

Trotz allen Mühens aber wissen sie heute schon, die Volksfürsorge kann nicht verboten werden, weil die Hege nicht in der Lage sind, auch nur eine ihrer Behauptungen zu beweisen. Aber wann die Konzessionierung erfolgt, vermag heute noch keiner zu sagen. Deshalb heißt es noch heute für die begeisterten Freunde der Volksfürsorge etwas Geduld zu haben. Aber auch dann, wenn die Volksfürsorge ihren Betrieb eröffnet, wird sie dies nicht plötzlich in ganz Deutschland auf einmal zu tun in der Lage sein. Sie würde in der Flut von Anträgen, die ihr täglich zugehen würden, einfach ertrinken. Gut Ding will Weile haben; eine große Organisation läßt sich nicht plötzlich aus dem Erdboden stampfen. Das darf aber keinen Hinhalt werden, wenn die Errichtung der Volksfürsorge von den Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossen ist, konsequent zu wirken und die Bedrohungen und Verleumdungen zum Trotz den Geboten der „Erstklassigen“ zu erklären: „Wir versichern uns in Zukunft nur noch bei der „Volksfürsorge“!

Die amerikanischen Gewerkschaften und die Präsidentenwahlen.

Bei der letzten Präsidentenwahlkampagne war der amerikanische Gewerkschaftsbund offiziell für die demokratischen Kandidaten eingetreten und hatte auch seinen ganzen Apparat von Organisatoren aufgeboten, um den Demokraten zum Siege zu verhelfen. Nach den Beitartikeln in dem offiziellen Blatte des Bundes war auch dieses Mal die gleiche Stellungnahme zu erwarten, zumal die Demokraten, die im Repräsentantenhaus die Majorität hatten, bei der Beratung mancher Arbeitergesetzen den Schein zu wahren wußten, als wollten sie die Versprechungen den Arbeitern gegenüber einlösen. Eine besondere Sitzung des Gesamtausschusses des Gewerkschaftsbundes präzipitierte die Stellung der Gewerkschaften zu den kommenden Wahlen. Das Ergebnis der Sitzung wird in einigen Gewerkschafts-

blättern in vorsichtiger Weise wiedergegeben. Danach ist dort festgestellt worden, daß die Leiter des Bundes sich alle Mühe gegeben haben, die Nomination von Champ Clark, des Präsidenten des Unterhauses, als demokratischer Präsidentschaftskandidat durchzusetzen. Nachdem dies leider mißlungen sei, hätten der Vorsitzende Compers und der Sekretär Morrison, die beide der demokratischen Partei angehören, die Unterstützung des offiziellen Kandidaten der demokratischen Partei, Wilson, vorgeschlagen, doch sei dieser Vorschlag „sehr kühl“ aufgenommen worden, da Wilson sich durch seine vielen Veröffentlichungen als Gegner der organisierten Arbeiter stets bekannt hat. Unter den Ausschußmitgliedern befanden sich Anhänger aller vier Parteien (Republikaner, Demokraten, Sozialisten und Progressisten-Rooseveltianer), sodaß man sich schließlich begnügte, zunächst keine Entscheidung zu treffen, diese vielmehr hinauszuschieben, um später offiziell für bestimmte Kandidaten einzutreten. Doch war man sich schon ziemlich einig darüber, daß es „Wilson schwer fallen werde, den Arbeitern seine Arbeiterfreundlichkeit klarzumachen nach all dem, was er gegen sie geschrieben und wie er gegen sie als Gouverneur gehandelt hat“.

Inzwischen aber haben es die Wilson-Leute verstanden, ihn vom Gewerkschaftskartell (!) in Pittsburg als Festredner zum Arbeiter-sonntag (1. Sonntag im September) einzuladen und auch an anderen Orten unter den Auspicien der Gewerkschaften sprechen zu lassen, obwohl er jedesmal betonte, daß er das Eintreten für die Arbeiter als seine vornehmste Aufgabe betrachte. Nicht minder eifrig ist Roosevelt um die Arbeiterstimmen bemüht. Er hat fast das halbe Programm der sozialistischen Partei in seine Programmforderungen aufgenommen und wird dadurch zweifellos viele Verwirrung in Arbeiterkreisen anrichten. Auf der anderen Seite aber wächst auch täglich die Zahl der Gewerkschaften, die sich einzeln offiziell für die Unterstützung der sozialistischen Kandidaten aussprechen. Mit umso größerer Spannung darf man daher wohl auf die endgültige Stellungnahme des Gesamtbundes der Gewerkschaften zu den Wahlen warten. Daß diese diesmal große Schwierigkeiten bereitet, darf jedenfalls schon als merkliches Zeichen des Rückes nach links und des Rückganges der Gewerkschaftspolitik alten Schlages betrachtet werden.

Aus Mitgliederkreisen.

Zur Verschmelzungsfrage.

Ein Genosse aus Teltow schreibt uns folgende Zeilen: Die Stellungnahme der Zahlstellen zu dem Flugblatt aus Almenau dürfte nunmehr fast vorüber sein und wir haben hieraus ersehen, daß der Zweck der Almenauer nicht erreicht wurde, sondern daß die Mitglieder unseren Hauptvorstand nach wie vor zu achten, sowie die Interessen des Verbandes zu wahren wissen. Auch die übereilige Schadenfreude der christlichen Keramarbeiter in Bezug auf ihren Artikel „Der Verband vor dem Zusammenbruch“ hat sich nicht bewahrheitet, sondern die Aussperrung hat die Mitglieder infolge der Wortbrüchigkeit der Unternehmer nach der Aussperrung noch fester an den Verband gefesselt. Auch die Stellungnahme der Mitglieder zur Verschmelzungsfrage haben wir in letzter Zeit kennen gelernt. Fast alle Zahlstellen wollen nach dem Beschluß der letzten Generalversammlung verfahren und mit Recht. Denn schon nach den Feststellungen, welche unsere letzte Generalversammlung in Bezug auf die Grenzstreitigkeiten mit dem Fabrikarbeiterverband gemacht hat, können wir nicht anders. Als unser Sachverstand die Grenzstreitigkeiten unter wiederholter Zustimmung der Generalversammlung beilegen wollte, waren es die Vorstandsmitglieder des Fabrikarbeiterverbandes, welche hier eine Einigung verhinderten. Aus Mitgliederkreisen des Fabrikarbeiterverbandes wurden zum Gewerkschaftskongreß in Hamburg 1908 Anregungen zur Verschmelzung mit kleineren Verbänden gegeben. Ebenfalls zum diesjährigen Verbandstag in Dresden. Man ersieht hieraus, daß die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter von diesem Verband einen fortschrittlichen Standpunkt angenommen hatten. Was erlebte man aber im Gegensatz hierzu auf dessen Verbandstag? Hier hatte der Redakteur des Verbandes, Schneider, die von ihm auf dem Gewerkschaftskongreß in Hamburg ausgesprochene „loyale“ Handlungsweise gegenüber den anderen Verbänden in Bezug auf Grenzstreitigkeiten bewiesen. Ich erinnere hierbei an das Referat des Letzteren über „Abgrenzung des Agitationsgebietes“ sowie zu den Anträgen die Verschmelzung mit den Porzellan-, Glas-, Transport-, Textil-, Brauerei- und Mühlenarbeitern in Anregung zu bringen. In Anbetracht, daß der Fabrikarbeiterverband mit einer Anzahl Gewerkschaften in Grenzstreitigkeiten verwickelt ist, müßte man

annehmen, daß derselbe schon aus diesem Grunde alle Ursache hätte, der Verschmelzung mit diesen Verbänden näher zu treten. Nach der Auffassung des Referenten aber, liegt zur Verschmelzung mit diesen Verbänden keine Ursache vor und er empfahl diese Anträge zur Ablehnung. Nach Entgegennahme solcher Berichte wollen wir mit aller Ruhe nach dem Beschluß der letzten Generalversammlung verfahren und die Gründung des allgemeinen Keramarbeiterverbandes im nächsten Jahr im Auge behalten. Bei einer weiteren Anregung zwecks Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband könnte nunmehr nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Sprichwort Anwendung finden: „Der geprügelte Hund leckt seinem Herrn die Hand.“ Diejenigen Zahlstellen, welche die Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband wollten, können nach meiner Meinung von dessen Verbandstag nicht unterrichtet gewesen sein und können nunmehr infolge ihrer guten Meinung auch Gegner von dem werdenden Keramarbeiterverband nicht sein, denn jedenfalls würde dieser ebenfalls die Verschmelzung mit einem größeren Verband einleiten. Nach den Ausführungen des Genossen Girbig, Vorsitzender des Verbandes der Glasarbeiter, in Nr. 37 der „Ameise“ hätte die technische Entwicklung in den drei in Frage kommenden Branchen ungefähr gleichmäßige Fortschritte angenommen, welches auch die in diesen Branchen praktisch tätigen Mitglieder bestätigen können und es liegt in dieser Beziehung für unsere Mitglieder der Verschmelzung nicht zuzustimmen keine Ursache vor. Wir wollen nun noch einen Einblick in das nach einiger Zeit erscheinende Normalstatut nehmen und dann nach reiflicher Ueberlegung handeln, damit die Versammlungen sowie die Verhandlungen auf den Generalversammlungen dieser Verbände in dieser Frage fruchtbringend waren und die von ihnen angenommenen Resolutionen endlich zur Wirklichkeit werden, zum Segen aller Keramarbeiter.

Beiträge erwünscht	Hus unserem Berufe	Beiträge erwünscht
--------------------	---------------------------	--------------------

Nochmals das Porzellankartell und seine Abnehmer. Das Berliner Tageblatt schreibt: Vor einiger Zeit brachten wir eine Notiz zu dem Beschluß des Porzellankartells, den sogenannten Bruch dem Inlandsmarkt zu entziehen und lediglich im Ausland zu vertreiben; wir machten dabei darauf aufmerksam, daß diese Maßnahme im Interesse und auf Drängen des Porzellandetailistenverbandes erfolgt sei und eine Schädigung des Konsums der unteren Schichten bedeute. Darauf erhielten wir eine Erwiderung des „Reichsverbandes deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan“, die aber unsere Darstellung nicht zu widerlegen vermochte. Nunmehr bestätigt ein erfahrener Einkäufer eines Warenhauses in einer längeren Zuschrift unsere Ausführungen. Wir entnehmen seinen Mitteilungen einige interessante Einzelheiten: Nicht zutreffend ist die Behauptung des Reichsverbandes der Spezialgeschäfte, daß die sogenannte Bruchware mit groben Fehlern behaftet sei und somit für den allgemeinen Konsum nicht zu gebrauchen ist. Die Fehler bestanden in Brandrissen und ab und zu auch in Flecken. Trotzdem hat das große Publikum solche Ware gern gekauft. Keineswegs zutreffend ist es ferner, wenn der Reichsverband behauptet, daß jetzt diese Bruchwaren in weniger zivilisierten Ländern zum Verkauf gelangen, denn das neue Absatzgebiet erstreckt sich auf Belgien, Holland, Italien, Spanien, Rußland u. s. w. Der Bruchware zu Preisen, wie sie der deutsche Markt nie gekannt hat. Der deutsche Konsum würde gern und freudig einen weit höheren Preis dafür anlegen. — Da die Warenhäuser heute nicht mehr neben regulärer Ware billigere Gelegenheitsposten angeboten erhalten, so haben sie in letzter Zeit ihre Einkäufer nach den böhmischen Fabrikplätzen gesandt, um dort Bruchware zu niedrigen Preisen zu kaufen. Die Maßnahme des Porzellanverbandes wirkt also in doppelter Hinsicht schädigend; denn einerseits erhalten die Fabrikanten für die an das Ausland abgegebenen Waren viel weniger als der deutsche Markt geben würde, andererseits sind die deutschen Warenhäuser gezwungen, Auslandsware zu beziehen, wodurch ein großer Teil deutschen Geldes an das Ausland abgeführt wird. — Unter diesen Umständen ist es fraglich, ob die Fabriken die Verluste an der Bruchware auf die Dauer auf sich nehmen werden. — Agrarierinteressen verlangen, daß verschiedene Produkte der deutschen Landwirtschaft im Auslande billiger sind, als im Inlande und Händlerinteressen verlangen, daß dasselbe in bezug eines Teils der industriellen Erzeugnisse geschieht. Die Herren sind streng national — bis an den Geldsack.

Altwasser. Wie den Kollegen schon bekannt ist, besteht hier seit zwei Jahren die sogenannte gelbe Organisation, der Unternehmer-Schutzverband. Jeder sich hier um Arbeit bemühende Kollege erhält im Engagementschreiben die Antwort, daß er nur mit der Bedingung eingestellt werden kann, falls er sich verpflichtet, der obengenannten Kasse beizutreten. In diesem Schreiben ist aber nichts mitgeteilt, daß Betreffende, welche dann aus dieser Kasse den Austritt erklären, ihren Arbeitsplatz meiden müssen. So ist es nun gekommen, daß viele als den letzten Zufluchtsort Altwasser in Anspruch nehmen mußten und auf den Gimpelfang des Herrn Direktors Faist eingegangen sind. Sogar erdreistet sich die Firma, falls die Beiträge der gelben Mitglieder nicht freiwillig entrichtet werden, dieselben vom Lohne in Abzug zu bringen. Als diese nun längere Zeit dieser Kasse angehörten, kamen sie zu der Ueberzeugung, daß diese gelbe Organisation nicht den Sinn eines vernünftig denkenden Menschen verfolgt, sondern die Interessen der Unternehmer vertritt. Es erklärten nun 22 unserer Mitglieder den Austritt aus der gelben Kasse, indem sie gerne auf die Wohlfahrtseinrichtungen verzichten wollten. Deshalb wurde diesen gekündigt und werden, weil sie sich nach Meinung des Herrn Direktors Faist nicht hätten erdreisten dürfen, den Austritt aus dem gelben Unternehmerverband zu erklären, auf das Pflaster geworfen. Es ist sogar untersagt worden, Circulare herumzuschicken. Auch hat sich die Firma mit ihren Beamten die größte Mühe gegeben, unsere alten Verbandskollegen in diese gelbe Organisation hineinzuzwingen. Deshalb hat der Hauptvorstand die Vollsperrung über die Firma Tielisch verhängt und bitten wir sämtliche Kollegen so lange, bis die Differenzen erledigt sind, Zuzug nach Altwasser zu unterlassen.

Düsseldorff. Die Differenzen im Emaillierwerk Siby sind erledigt. Die Kollegen haben die Arbeitszeit von 59 $\frac{1}{2}$ Stunde auf 57 Stunden verkürzt bekommen. Ferner einen Lohnausgleich für Alford-, wie Lohnarbeiter. Die alten schlechten Muster wurden um 5—10 Prozent erhöht. Kleinere Posten Arbeit werden im Lohn gemacht. Anerkennung einer Preiskommission und sonstige kleinere Verbesserungen. Die Kollegen sind in diesem Betriebe fest geschlossen organisiert und haben die Kollegen diesen Fortschritt nur ihrem geschlossenen und zielbewußten Vorgehen zu verdanken. Der Tarif läuft 2 Jahre. In der Westdeutschen Kunstfigurenfabrik sind die Differenzen auch beigelegt.

Beim Emaillierwerk Rhénania ersuchen wir vorläufig noch um Fernhaltung des Zuzuges bis die Differenzen erledigt sind.

München. Im Emaillierwerk von Hans Fint haben die Kollegen Tarifforderungen eingereicht. Wir ersuchen deshalb, vorläufig an diese Firma Arbeitsangebote zu unterlassen.

Schorndorf. In der hiesigen Porzellanfabrik drohen Differenzen auszubrechen, wir ersuchen daher, Zuzug zu unterlassen. Die Sperre wurde über genannte Fabrik verhängt.

Stafel. Es wird die höchste Zeit, aus den hiesigen Verhältnissen etwas in die Öffentlichkeit zu bringen, um die Kollegen vor Arbeitsannahme in hiesiger Fabrik zu warnen, da wieder recht traurige Verhältnisse in dem Betriebe Platz gegriffen haben. So ist zum Beispiel schon eine ganze Woche der Motor eines Teiles der Dreherei kaputt, angeblich wegen ein paar Kohlenstiften, welche aber auch nicht besorgt werden. Solche und ähnliche Störungen kommen übrigens sehr oft vor und sind die Kollegen gezwungen, oft tagelang auszulegen, da sich die Beamten um solche Angelegenheiten so gut wie garnicht kümmern und man auch nicht weiß, an wen man sich wenden hat. Wie es scheint, soll auch in nächster Zeit ein Direktorenwechsel stattfinden. Auch sind einem Kollegen ein Beamten für die nächste Zeit Preisreduzierungen angekündigt worden, was sich aber die anderen Kollegen nicht gefallen lassen werden. Wir fordern also die noch fernstehenden Kollegen auf, sich der Organisation anzuschließen, damit die geplanten Reduzierungen nicht zur Wirklichkeit und die anderen Mißstände endlich einmal beseitigt werden. Auch werden die auswärtigen Kollegen ersucht, Arbeitsangebote nach hier vorläufig zu unterlassen.

Aus anderen Verbänden

Die Differenzen bei der Wurstfabrik Heine & Co. beigelegt. Zwischen der Wurst- und Fleischkonservenfabrik Heine & Co., Spezialfabrik für Halberstädter Würstchen und dem Zentralverband der Fleischer ist es nun zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen. Die von der Organisation geforderten Mindestlöhne sind anerkannt, desgleichen eine sofortige Lohn-

zulage von 1,50 M. pro Woche für Gesellen und Hilfsarbeiter und 75 Pfg. für Jugendliche und Arbeiterinnen. Die Arbeitszeit soll bis zur Uebersiedlung in die neue Fabrik die gleiche bleiben; im neuen Betriebe darf sie nicht über 10 Stunden täglich betragen. Erreicht wurde ferner noch für alle Beschäftigten, die zwei Jahre im Betriebe tätig sind, eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Lohnes, sowie die Anerkennung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Auch soll der Arbeitsnachweis des Verbandes bei Bedarf von Arbeitskräften benutzt werden. Der Tarif gilt auf zwei Jahre. Der Erfolg für die Arbeiter ist um so höher zu bewerten, weil die Firma Heine & Co. die größte und leistungsfähigste Wurstfabrik in Deutschland ist und als Spezialfabrik für Halberstädter Würstchen einen Weltruf besitzt. Zur Zeit beschäftigt die Firma 450 Personen, ohne kaufmännisches Personal. Da die Firma aber gegenwärtig eine neue Fabrik einrichtet, so dürften nach der Inbetriebnahme derselben noch einige hundert Personen mehr beschäftigt werden. — Der Zentralverband der Fleischer kann mit dem Erfolg vollauf zufrieden sein.

Bosnien. Für Bosnien und die Herzegowina besteht eine gemeinschaftliche Landeszentrale, der Ende 1911: 17 Gewerkschaften mit 5587 Mitgliedern angehörten. Nachdem sich auch die Buchdrucker im letzten Jahre angeschlossen haben, gibt es nicht angeschlossene Gewerkschaften nicht mehr, abgesehen von einem unter christlichem Mantel segelnden Grüppchen, das mit Unternehmerhilfe zur Streikbrechergarde ausgebildet wird. Besondere Opfer erfordert der andauernde Kampf gegen das reaktionäre Vereinsgesetz, auf Grund dessen kürzlich eine Gewerkschaft unter Androhung der Auflösung von der Regierung gezwungen wurde, wegen Streikbruchs Ausgeschlossene wieder aufzunehmen.

Differenzen in der Glasfabrik Friedrich Siemens. Unter den Firmen in der Glasindustrie nimmt die Aktiengesellschaft vorm. Friedrich Siemens mit den ersten Rang ein. Die Arbeitslöhne bei dieser Weltfirma sind unglaublich niedrige, besonders in der Zweigfabrik in Böhlen. Wochenlöhne von 12 bis 15 Mark sollen keine Seltenheiten sein. Um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einigermaßen zu gestalten, haben die Arbeiter dieses Betriebes und auch dieses Zweigbetriebes in Osterwald, wo die Lohnverhältnisse ebenso schlecht sind, Forderungen an die Firma eingereicht. Seit Einreichung der Forderungen sind Monate vergangen, ohne daß die Firma eine Antwort erteilte. Sie hat auch die von den Arbeitern gewählte Kommission nicht empfangen. Eine Firma, die jahrelang Dividenden von 15 Prozent zahlt, ist wohl in der Lage, den Arbeitern einigermaßen anständige Löhne zu zahlen. Die Arbeiter beschloßen, die Sperre über die beiden genannten Betriebe zu verhängen. Die Sperre hat bereits ihre gute Wirkung ausgeübt, doch die Firma versucht, mit allen Mitteln Arbeiter heranzuziehen. Um Fernhaltung des Zuzuges wird daher gebeten.

Vermischtes

Vereinigte Staaten. In dem verzweifeltsten Kampfe der Kohlengräber in West-Virginia wurde eine über 80 Jahre alte Genossin, die bekannte Rednerin „Mutter Jones“ wegen Aufreizung verhaftet. Der Belagerungszustand wurde noch nicht aufgehoben. — In New-York streikten rund 30000 in der Maschinenbauindustrie beschäftigte Arbeiter um die Forderungen. — Haywood, der Führer der Syndikalisten, wurde wegen angeblicher Beteiligung an den Ausschreitungen während des großen Textilarbeiterstreiks verhaftet, aber gegen Bürgschaft wieder freigelassen.

Zur Unterhaltung

Lumpenbub.

Der Weiher war still und dunkel. Die Weiße griff mit ihren Wurzeln wie mit verknöcherten Fingern fest durch das Wasser in die Erde hinein. Der Stamm wuchs aus dem Wasser heraus, nur auf der einen Seite schoben sich die letzten dünnen Wurzelspitzen in den Boden. Der Weidenstrunk hatte einen kurzen dicken Körper mit vielen kleinen Auswüchsen. Am Ende schossen die Äste des Baumes in wunderlichen Knöpfen zueinander. Die Rinde verwuchs und verzerrte sich in Fratzenge Gesichtern, aus dem beulengerhauenen Schädel drangen wie steife Borstenhaare die Weidenäste heraus.

Auf dem Baumschädel saß ein Kind. Es zog die dünnen Äste im Arme zusammen, daß es sicheren Halt bekam. So sah es an sich herab. Im Schatten wuchsen zwei Birkenstämme von drüben abwärts ins Wasser. Der Knabe sah jetzt hinüber. Alle die dünnen Äste waren nackt, nur an den Spitzen der Äste drängen sich auf einen Platz die letzten roten Blätter. Sie hingen leicht zueinander, sie schwebten wie ein Strahlenkranz um das arme Gerippe des Baumes.

„Der Mutter mach' ich eine Rute!“ rief der Knabe aus. Er tastete mit den Händen nach den Weidenästen, klammerte seine Beine um den Stamm und zerrte solange an der kräftigsten Rute, bis sie abbrach. Dann ließ er sie durch die Luft schnellen, daß es pfliff.

„Geh von meinem Platz herunter, Du,“ sagte Otto, der mit zwei anderen Kindern auf den Weiher zukam. Der Knabe oben gab nicht gleich eine Antwort, da wurde Otto rot. „Geh runter, Du!“ Der oben rührte sich nicht. Nur die Rute in seiner Hand zitterte. Er saß mit dem Rücken gegen die Knaben. Otto sprang über das Wasser, kletterte an dem Weidenstamm hinauf und schlug dem Kind von hinten mit der Faust auf den Kopf. Der Knabe schrie auf, rutschte von seinem Sitz herunter und hielt sich so geschickt, daß er nicht ins Wasser plumpste. Auch Otto war ans Ufer zurückgesprungen und schrie dort mit den anderen: „Hab ich Dich heruntergekriegt, Lumpenhub!“

„Lum—pen—hub! Lum—pen—hub!“ krächten die anderen jetzt mit Otto.

Jetzt richtete sich der Kleine in seinen Lumpen hoch und schlug mit der Rute durch die Luft und als sie im Schwunge war, auf die Kinder ein.

„Das ist für die Lumpen. Geht mir was anderes, dann brauchen Euch meine Lumpen nicht zu stören.“

Die Kinder wurden auf einmal still. Erst als der Knabe weglief, da schrien sie und taten, als wollten sie ihn verfolgen. Der Kleine merkte auch, daß er sich in Respekt gesetzt hatte. Er freute sich aber nicht darüber, am liebsten hätte er geweint. Erst unterwegs, als er über die Sache nachhing, wurde er zufrieden, weil ihm das so gerecht schien. Und während er ins Dorf lief, nach dem Stübchen seiner Mutter, sagte er sich vor: Warum bin ich ein Lumpenhub? Weil wir kein Geld haben. Und wenn der reiche Otto noch so in Lumpen, die ihn niemand sieht, herumläuft so ist er doch kein Lumpenhub, Meine Lumpen sind auch nicht häßlicher als die seinigen.

Er sah zurück. Die Kinder warfen Erdfugeln ins Wasser, der dicke Otto stand oben am Baum und schleuderte sie hinaus. Er hatte schon Mäuse, Ratten und gemordete Katzen herangeschleppt, um sie ins Wasser zu schleudern. Alle Kinder waren dabei, lachten dazu, die kleinen Mädchen bewunderten ihn. So einer war kein . . .

Er stand vor dem Hause des Bürgermeisters. Dieser war schuld, daß man ihn im ganzen Ort so häßlich nannte, das hatte Mutter erzählt. Weil die Gemeinde ein paar Mark für seine kranke Mutter hatte zahlen müssen, deswegen. Seine Mutter und er waren miteinander gewandert. Zu Hause hatte die Mutter dem Pfarrer das letzte Geld für Vaters Beerdigung gegeben, dann zogen sie fort, wo die Mutter Arbeit finden konnte. Als die Mutter nicht mehr gehen konnte und er vor Hunger eingeschlafen war, da brachte man sie in den kleinen Spritzenstall, auf Stroh. Dann kam der Herr Doktor und sagte, die Frau gehört ins Krankenhaus. So kam Mutter dorthin, und er zu armen Leuten, die selbst nichts hatten. Der Knecht des Bürgermeisters hat ihn noch der Hilfe gefragt: „Du bist doch ein armer Mann. Du hast Hunger und Kälte, wie er Hilfe, es war einfach und klar, was der Knecht gesagt hatte. Dieser Knecht stand gerade vor dem Haus des Bürgermeisters.“

„Was schaust Du so frech daher?“ sagte er, als er den Kleinen stehen sah. Der Bürgermeister kam dazu und ärgerte sich, als er den Buben stehen sah, weil seine Mutter bis heute noch nicht die Hälfte der Krankenhaukosten bezahlt hatte. Es war eine Schererei, bis alles eingebracht war.

„Bürgermeister,“ sagte er, ich will Euch nur sagen, daß ich kein Lumpenhub bin. Wo soll ich denn neue Kleider herkriegern, wenn Ihr alles Geld bei der Mutter holt?“

Der Bürgermeister war so um eine Antwort verlegen, daß er hinging und dem Jungen eine Ohrfeige gab. Der Knecht lachte dazu, weil er nichts anderes wußte. Da schlug der Knabe mit der Rute durch die Luft, viel heftiger als bei den Kindern und als sie richtig pfliff, da zischte sie über die Backe des Bauern weg. Jetzt floh der Bub rasend davon, der Knecht holte ihn nicht ein. Er fiel seiner Mutter zu Füßen, er zitterte und hielt sich mit seinen heißen Händen an der Mutter fest.

Die Mutter erbleichte bis in die Rippen, sie hielt sich kaum auf den Füßen und schloß schnell die Türe ab, aus Furcht, es könnte jemand hinter ihrem Buben folgen. Dann erzählte der Kleine alles, was er getan hatte. Und er gab der Mutter die Rute und sagte: „Damit jagst Du den Mann hinaus, der immer kommt und Deine Arbeit beschimpft. Wenn Du Tag und Nacht die Pantoffeln näht, und Du sollst Dein Geld kriegen, so darf er nicht immer die Nacht aufreißen, als hättest Du schlecht genäht. Da will er Dir nur weniger geben.“

„Peterle,“ flehte die Mutter, „sei doch still. Du bist ja krank, Du mußt ja ins Bett. Was hast Du gemacht, sie werden Dich alle prügeln.“ Angstlich spähte sie hinterm Vorhang auf die Landstraße. Da sah sie den Knecht heraufkommen. Schnell schob sie den Bub in den Tragkorb und deckte Filz und fertige Pantoffeln darüber.

„Den Lumpenbub, den hau ich windelweich,“ schrie er über die Treppe. Er fuhr ins Zimmer hinein. „Freilich, hier ist er nicht, der hat sich mit seinem dreckigen Gewissen versteckt. Aber ich werd' ihn finden.“

Dann rannte er wieder hinunter. Die Frau stand bekümmert da. Die würden ihren Buben zuschanden schlagen, das sah sie. Sie beugte den Kopf auf den Tisch und weinte laut. Da kam Peter von hinten und streichelte ihre schmalen Schultern und die müden Arme. „Dann gehen wir fort, Mutter. Sie dürfen mich nicht totschlagen, wenn ich doch für Dich arbeiten soll. Die Mutter war auf einmal still, aus den Worten ihres Kindes kam ihr Hoffnung. Sie zog die Schublade am Tische auf, zählte das Geld, das sie, wieder nach gewohnten Abzügen, erhalten hatte und rechnete. Vier Mark kamen auf die Bürgermeisterei, für das Krankenhaus. Der Bäuerin unten hatte sie schon die Stube bezahlt. Dann putzte sie die Nähmaschine, die ihr auch nicht gehörte, ölte sie tüchtig und nähte noch auf einem Lappen herum, damit er das Del einsauge. Den Filz vom Fabrikanten legte sie auf den Tisch, auch die begonnenen Schuhe dazu und jetzt machte sie aus den winzigen Habseligkeiten, die ihr und ihrem Buben gehörten, ein Bündel. Das ging alles eilends. Peter wickelte sie ein dickes Tuch um den kleinen Leib, und als der Abend die ersten dunklen Schatten auf die Straße schickte, schlich er sich voraus. Die Mutter wartete bis zum Abendläuten. Da beteten die Leute zum Herrgottswinkel und konnten nicht sehen, daß sie außen vorbeiging.

Es wurde dunkel, als sie Peter am Weiher traf. Er hatte sich noch einmal auf den Weidenstumpf gesetzt. Die Frau erschrak, denn von weiten sah das aus wie eine starke geballte Hand, die sich drohend erhob.

„Peterle, komm,“ rief sie. Der Knabe stieg herunter, dann hielt die Mutter ihn an der Hand, sie sahen beide über den Weiher weg, bei dem Peter so gern geweilt hatte.

„Da unten, bei den toten Ratten und Katzen,“ sagte die Mutter heftig, „wären wir beide erlöst.“ Es kam eine Angst über sie, vor den eigenen Worten, vor dem Wasser, das keinen Laut sprach, nur langsam ans Ufer schlug, vor dem Neigen der Birken. Sie faßte den Knaben fest an der Hand und schritt mit ihm aus in die Nacht und in die Einsamkeit, die unendlich wuchs.

Peter hielt aus. Wenn er müde wurde oder der Hunger ihn quälte, dann schlug er mit seiner Rute in die Luft, als könnte er damit alle Feinde vertreiben. „Wohin gehen wir?“ fragte er die Mutter.

„Nach der Stadt. Ich weiß nicht, wie schlecht es uns dort geht.“

„Denn ich und du?“, fragte die Mutter?“

„Jedem etwas, Peterle, oder Schützen, Jäcken. Das ist ganz gleich.“

Sie sahen ein Licht, das nicht näher kommen wollte. Der Nebel stand auf der Erde, er ragte bis zum Himmel und der Mond malte eine große Scheibe, bläulich, über den Nebel hindurch. Ueber den Bäumen der Landstraße hing er, er ließ die Äste nicht mehr los. Wie ein Tier, das Blut saugt, so hatte er sich um die hilflos ausgestreckten Äste gelegt.

„Leg' das Ding jetzt weg,“ sagte die Mutter ernst zu Peter, „Ein Kind darf große Menschen nicht schlagen.“ Der Knabe gab die Rute willig hin, aber er sagte: „Große Leute dürfen aber schon Kinder schlagen und Dich Mutter.“

„Ja, die machens anders, Peter, weißt Du, da sieht man nicht, womit sie die Schläge geben. Diese Leute sind wie der Nebel, der da hängt, sie ragen bis zum Himmel, hat Vater oft gesagt. Davor können wir uns nicht helfen.“ Der Knabe sagte nichts mehr, er betrachtete immer den Nebel, der sich dichter ballte. Sie kamen an ein Wirtshaus, in dem sie auf der Bank schlafen durften. Erst am Morgen, als die Mutter

mit dem Knaben auf der Landstraße wanderte, in den frischen hellen Tag hinein, da deutete Peter glücklich auf das nächste Dorf, dessen Bäume und Giebel, taufeucht vom geschluckten Nebel, in der Sonne leuchteten.

„Mutter, da ist aller Nebel weg. Da gibt es schon etwas, daß der Nebel zur Erde fällt. Jetzt fürchte ich mich nicht mehr davor.“

Versammlungs-Berichte etc.

Berlin. In der am 21. September stattgefundenen Zahlstellen-Versammlung gab der Kassierer zu seinem den Mitgliedern bereits übermittelten hektographisch hergestellten Rassenbericht einige Erläuterungen. Darunter führte er unter anderen eine größere Anzahl wegen Beitragsresten gestrichener Kollegen an, welche sich, wie gewöhnlich, aus dem weitaus größten Teil der Mitglieder der Schildermalerbranche rekrutieren. Daß die Mehrzahl dieser Kollegen überhaupt wohl wenig Interesse an wirtschaftlichen, politischen und ökonomischen Fragen hat, beweist deren Vorschlag zu der von der Verwaltung angeregten Umfrage: Gedenken die Branchen die Zahlstellen-Versammlungen wie bisher alle vier Wochen oder jeden zweiten Monat eine Zahlstellen-Versammlung festzulegen. Währenddem die meisten Branchen in ihren Sitzungen dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt haben, wollen die Schildermaler alle Vierteljahr eine Zahlstellen-Versammlung festgelegt wissen. Mit Recht wurde in der darauf folgenden Diskussion bemerkt, wenn der Vorschlag der Schildermaler bei uns Gesetz wird, sich deren Mitgliederzahl insofern noch mehr verringern würde, als sich dadurch eine noch viel größere Anzahl Restanten bilden würde, als dies ohnehin schon der Fall ist. Ein Antrag, den Versammlungstag vom Sonnabend auf den Montag, Anfang 7 Uhr, zu verlegen, wurde mit der Motivierung abgelehnt, daß wohl die meisten Mitglieder, nachdem sie zehn Stunden im Arbeitsraum zugebracht haben, sich nach einem warmen Imbiß sehnen, da nun Sonnabends fast durchweg um 5 Uhr Arbeitsschluß ist, so ist wohl einem jeden die Möglichkeit gegeben innerhalb 3 1/2 Stunden wieder am Versammlungsort zu erscheinen. Der flauere Versammlungsbesuch ist lediglich der Interessenlosigkeit der Mitglieder zuzuschreiben. Das unter solchen Umständen die politische Organisationszugehörigkeit die denkbar schlechteste ist, ebenso der weitaus größte Teil der Mitglieder noch bürgerliche Kaffeeklatschblätter abonnieren, davon gab ein diesbezüglicher Bericht beredtes Zeugnis. Hierzu gaben die beiden Vorsitzenden einige Bemerkungen und betonten darin die Wichtigkeit zur Eroberung der politischen Macht. Die jetzige und stetig anwachsende Lebensmittel-Teuerung die hohen Fleischpreise arten schon zur wahren Hungersnot aus, wenn die Regierung hierin nicht baldigst Abhilfe schafft. Jedoch ist, wie die Erfahrung lehrt, von der Regierung wenig zu erwarten, schreiben doch die Unternehmer fortgesetzt nach Ausnahmegeetzen, welche dem Koalitionsrecht der Arbeiter immer mehr Fesseln anlegen sollen. Hiergegen Wandel zu schaffen ist nur möglich wenn der Arbeiter hierin nicht nur allein gewerkschaftlich sondern auch politisch energisch Front macht. Unter Punkt Verschiedenes wurde von der Branche der Malbasterarbeiter Beschwerde gegen den Hauptvorstand erhoben, in welcher derselbe die Aufnahme einer neuen Gruppe „der sogenannten Bohrer“ — unter Hinweis auf den mit dem Verein der Bildhauer abgeschlossenen Gegenseitigkeitsvertrag verweigert. Von der Bildhauerorganisation ebenfalls abgewiesen, wäre die Gruppe nun gezwungen eine Lokalorganisation zu gründen, wenn deren Weiter von dem Zentralisationsgedanken nicht zu sehr durchdrungen wären.

Düsseldorf. In der letzten Zahlstellenversammlung, welche von 38 Mitgliedern besucht war, wurde nach Erledigung einiger Punkte als Punkt 5 die Gauleiterfrage behandelt. Die Kollegen waren allgemein der Ansicht, daß es doch Zeit wird, den Gauleiter für Rheinland und Westfalen in Person zu sehen. Die Generalversammlung 1911 hat beschlossen, 3 Gauleiter anzustellen, für Schlesien und Thüringen sind dieselben bereits in Tätigkeit, warum für Rheinland und Westfalen noch nicht? Der Hauptvorstand beruft sich immer bei ihm passenden Gelegenheiten auf die Generalversammlungsbeschlüsse; warum in der Gauleiterfrage nicht? Es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die rheinisch-westfälischen Zahlstellen sollen hiermit aufgefordert werden, Stellung zu nehmen zu einer Zusammenkunft (Konferenz) von Vertretern der vorgenannten Zahlstellen, behufs Gauleiterfrage. Sollten die Zahlstellen sich im zustimmenden Sinne äußern, so werden wir dies näher brieflich veranlassen.“ Der Abschluß erfolgt bestimmt am 10. Oktober.

Elmshorn. Die am 14. September stattgefunden Versammlung beschäftigte sich mit dem Ilmenauer Flugblatt. Zur Erläuterung wurde das Flugblatt nebst dem Rechtfertigungsschreiben des Hauptvorstandes verlesen, woran sich eine mehrstündige lebhafteste Debatte schloß. Im Anfang schien es, daß die Versammlung mit den Ilmenauern übereinstimme, jedoch änderten sich im Laufe der Diskussion die Ansichten, da verschiedene Gegenreden laut wurden, die den wahren Sachverhalt schilderten. Im Anschluß hieran wurde folgende Resolution angenommen. Die hiesige Zahlstelle verurteilt das Verhalten der Ilmenauer Kollegen auf das Entschiedenste, jedoch wünscht sie die baldige Verschmelzung der drei Verbände Töpfer, Glas- und Porzellanarbeiter, im übrigen schließt sie sich den Ausführungen der anderen Zahlstellen an. Unter Verschiedenes wurde eine von den Malern unter sich gebildete Vereinigung von einigen Dreher-Kollegen kritisiert und als schädlich für die Organisation befunden, jedoch wurde ihnen klar gemacht, daß dieses eine private Sache sei und nicht in die Versammlung gehöre.

Gehren. „Die Tuberkulose als Berufskrankheit und ihre Bekämpfung“ war das Thema der Lichtbildervorträge, welches der Gauleiter Hoffmann-Ilmenau vor kurzem hier, im benachbarten Jesuborn und Möhrenbach behandelte. Alle Versammlungen erfreuten sich eines guten Besuches; gradezu überfüllt war die in Jesuborn abgehaltene Versammlung. Genosse Hoffmann entledigte sich seiner Vorträge in munterer, gültiger Weise, welches der stetige Beifall bewies. An der Hand von circa 80 Lichtbildern führte der Referent den Anwesenden die Entstehung und Bekämpfung der Tuberkulose vor Augen. Nicht nur die

Staubgefahr sei ganz allein die Ursache der Tuberkulose, sondern durch die unzureichenden Löhne, insbesondere der Porzellanarbeiter des Thüringer Waldes wird diese mörderische Krankheit durch die dadurch hervorgerufene Unterernährung gezeitigt. Es sei tief beschämend, daß gerade auf dem Thüringer Walde die Tuberkulose in so argem Maße grassiere, wo jährlich tausende von Menschen der besseren Stände sich Erholung und Muße suchten. Der frühere Gewerbeinspektor von Schwarzburg-Rudolstadt stellte einmal fest, daß ganze Orte des Thüringer Waldes der Lungenschwindsucht anheim gefallen sind. Wollte die Arbeiterschaft sich bessere Löhne, mehr Arbeitschutz verschaffen, dann sei dieses nur möglich durch den Zusammenschluß und Anschluß an die freien Gewerkschaften. Nur durch die Gewerkschaften sei es möglich der Tuberkulose den Nährboden zu entziehen. Es sei eine unbestreitbare Tatsache, daß die Gewerkschaftsbewegung in punkto Tuberkulosebekämpfung schon viele praktische Arbeit geleistet habe, dadurch, daß der Arbeiterschaft eine Besserstellung im Arbeitsverhältnis zuteil wurde. Das Arrangement seitens des Porzellanarbeiterverbandes in Gehren und Nachbarortschaften hatte auch unsere Gegner auf den Plan gerufen. Sogar der Herr Landrat von Gehren stieg herunter zu den Proleten und verkündete seine Tätigkeit in der Tuberkulosebekämpfung. Für den Bezirk Gehren hätte eine Anzahl Männer eine Tuberkulosefürsorge errichtet, um „praktische“ Tuberkulosebekämpfung zu betreiben. Im übrigen verwandte der Landrat viel von dem bekannten Zeug aus der „Reichsverbandskorrespondenz“ wobei ihm auch eintige drollige Scherz unterliefen. Als tapferer Held sprang der seit einiger Zeit, anscheinend vorübergehend hier stationierte christliche Arbeitersekretär Albertsmeier ein. Dieser Herr warf den Rettungsanker aus, um jedenfalls noch alles zu retten, was zu retten war; seine ungeschickten Ausführungen erzeugten einen Heiterkeitserfolg bei den Anwesenden. Dieser Herr regte sich künstlich über die Opferwilligkeit der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftsmitglieder auf und schimpfte wie ein Rohrspatz über die Arbeiterbewegung. Als dritter im Bunde erschien Herr Medizinalrat Dr. Müller, welcher seinem Landrat zur Hilfe eilen wollte, diesen aber regelrecht und ungewollt hineinlegte. Der Herr Landrat hatte nämlich hervorgerufen, daß die Tuberkulosefürsorgestelle einzig und allein sein Produkt sei, während Herr Müller sich verschnappte und darlegte, daß sie erst auf Veranlassung der Thüringischen Landesversicherungsanstalt gegründet wurde. Dem Gauleiter Hoffmann war es natürlich ein leichtes, diese Reichsverbandsprodukte zu zerpfücken. Als dann Hoffmann hervorhob, daß die dem Landrat nahestehenden Kreise zum Teil garnicht die Absicht haben, das Uebel an der Wurzel zu fassen, geriet der Herr Landrat aus dem Häuschen. In Jesuborn verließen die Herren Landrat Hellwig und Dr. Müller sofort den Saal, nachdem ersterer auf die Gewerkschaften kräftig losgeschlagen hatte, um eine Antwort vom Referenten nicht mit anzuhören. Nur der ebenfalls anwesende Sekretär harrete aus und sah mit wehmütigen Blicken seiner Abfuhr entgegen, worauf er heimlich durch die Hintertür des Saales verduftete. Alles in allem können die Veranstalter des Arrangements mit dem Erfolge zufrieden sein. Hoffentlich ziehen die Arbeiter aus den Vorgängen die richtigen Lehren und diese können nur sein: „Hinein in den Verband der Porzellanarbeiter“.

Adressen-Henderungen

- Elmshorn.** Rff. Anton Woschinsky, Dr., Schillerstr. 22.
Grünhain. Rv. Max Seritzky, Schwarzenbergerstr. 110 B.
Hamburg. Birm. Hans Döbereiner, Ml., Altona, Flottbecker Chaussee 6, 2 Tr., bei Frau Görsch.
Probstzella. Hilmar Siegel, Br., Gräfenhalerstr. 108.
Spandau. W. Karl Schönmann, Dr., Beyerstr. 32.

Versammlungs-Anzeigen

- Huma.** Sonnabend, 5. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Senff.
Berlin. Montag, 7. Oktober, 7 Uhr, Schildermaler, bei Knörig, An der Stralauer Brücke 3. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Breslau. Sonnabend, 12. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause.
Kassel. Sonnabend, 5. Oktober, 8 1/2 Uhr, Schildermaler, bei Pöcher, 107, am Monierstraßenecke.
Leipzig. Sonnabend, 12. Oktober, 8 Uhr, bei August Wollstädt.
Freiberg i. S. Sonnabend, 5. Oktober, 4 Uhr, in der Union.
Friedrichshagen. Sonnabend, 5. Oktober, 8 Uhr, bei Zachow, Seeftr. 36.
Geschwenda. Sonnabend, 5. Oktober. Bibliothekbücher mitbringen.
Goldlauter. Sonntag, 13. Oktober, Zu den drei Linden. 6. Oktober Verwaltungssitzung.
Hamburg. Sonnabend, 5. Oktober, bei D. Lange, Bart Str. 5.
Kahla. Sonnabend, 5. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Rosengarten.
Rönnitz. Sonnabend, 5. Oktober, 5 Uhr, in der Bergschloßbrauerei.
Mannheim. Sonnabend, 12. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Ww. Rininger, S. 7. 24. Abschluß.
Neuhaldensleben. Sonnabend, 12. Oktober, 8 1/2 Uhr, in Herzogs Festsaal, Masche.
Oberkottzau. Sonnabend, 5. Oktober, 8 Uhr, bei Wilhelm Diebig, Gasthof zur Sonne.
Osterode. Sonnabend, 12. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Dehn, Freitheiter Hof.
Oelde. Sonnabend, 5. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Ww. Franz Wiegand.
Pankow. Sonnabend, 5. Oktober, 8 Uhr, bei Bohr, Ruglerstr. 7.
Schwarzenberg. Sonnabend, 12. Oktober, 8 Uhr, in Obersachsenfeld, Gasthof zum Löwen. Abschluß 20. Oktober.

Anzeigen

Herausgeg. v. Verbannde der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenburg, Wallstr. 95.
Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.